

Zur Plenardebatte am 18. September 2014 über den Antrag „Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen“

In der Plenarsitzung am vorigen Donnerstag wurde unser Antrag „Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen“ besprochen. In dem Antrag von 2012 geht es um die Einrichtung eines Forschungsfonds zur Förderung der Ersatzmethodenforschung. Der Fonds, der aus einer Versuchstier-Abgabe von 5 Euro pro Tier aus anzeigepflichtigen Tierversuchen finanziert werden soll, soll sicherstellen, dass die Berliner Forscher und Forscherinnen, die an Ersatzmethoden arbeiten, ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten und den vielversprechenden Forschungszweig weiter vorantreiben können.

Während Linke und Piraten unseren Antrag im Großen und Ganzen gut heißen und die Notwendigkeit zur Förderung von Ersatzmethoden erkennen, wurde der Antrag von SPD und CDU durch einen Ersetzungsantrag komplett verwässert und ist lediglich ein Placebo zu unserem Ursprungsantrag.

Der Antrag der Koalition ist eine Farce und spiegelt klar und deutlich wieder, welchen Stellenwert der Tierschutz sowie der vielversprechende Forschungszweig Ersatzmethodenforschung für die Regierung einnehmen. So beinhaltet der Antrag die warmen Worte, sich weiter für die Ersatzmethodenforschung einzusetzen. Abgesehen davon, dass dies im Koalitionsvertrag bereits vereinbart und durch das Tierschutzgesetz gesetzlich vorgeschrieben ist, bleibt in dem Antrag offen, was genau sich die Regierung darunter konkret vorstellt. Lediglich am landeseigenen Forschungspreis zu Alternativen von Tierversuchen, den bis dato die forschenden Pharmaunternehmen und das Bündnis Tierschutzpolitik Berlin bezahlen, möchte sich der Senat in Zukunft beteiligen.

Dieser Ersetzungsantrag ist ein Armutszeugnis für den Tierschutz. Die Koalition verschläft gerade die große Chance sich zum Forschungsstandort für Ersatzmethoden mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Potenzialen zu entwickeln.

Unseren Antrag haben wir am Ende der Debatte zurückgezogen, da er durch den geänderten Beschlusstext nur ein tierschutzpolitisches Placebo darstellt.

Hier können Sie unseren Antrag „Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen“ nachlesen:

pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-0441.pdf

Hier können Sie den Ersetzungsantrag der Koalition zu unserem Ursprungsantrag nachlesen:

pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1697.pdf

Meine Rede in der Plenarsitzung finden Sie im Folgenden.

Das Wortprotokoll der Debatte finden Sie unter:

<http://claudia-haemmerling.de/2014/plpr0918-ersatzmethoden.pdf>

*„Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,*

Sie alle kennen Medikamente wie Penicillin, Ibuprofen, Aspirin oder Insulin. Diese und andere Medikamente haben eins gemeinsam: Sie schädigen Tiere. Das heißt: wir hätten diese Medikamente nicht, wenn sie nach den heutigen Tierversuchsstandards getestet worden wären. Niemand weiß, wie viele für uns bedeutsame Medikamente wegen ihrer Nebenwirkungen beim Tierversuch durch die Roste gefallen sind. Denn wenn ein Wirkstoff am Tier versagt hat, darf er nicht am Menschen erprobt werden.

Umgekehrt sind bei Tieren unbedenkliche Substanzen für Menschen höchst gefährlich. Das Gift vom Knollenblätterpilz und auch Arsen werden von etlichen Tieren gut vertragen. Wenn Sie davon essen, werden Sie krank oder sterben.

2006 gab es das TGN-Desaster. An einem im Tierversuch erfolgreich getesteten Wirkstoff gegen MS und Rheuma erkrankten in der klinischen Studie sämtliche Probanden. Trotz fünfhundertfacher Verdünnung haben die Probanden lebenslange Schäden davon getragen. Sie sehen, der Tierversuch ist zwar etabliert aber er ist ein schlechtes Modell zur Erforschung von Medikamenten. Wir wollen Tierversuche abschaffen und damit das funktioniert, müssen bessere Modelle entwickelt werden.

Und natürlich wollen wir damit hunderttausenden Labortieren Leiden, Ängste, Schmerzen und den Tod ersparen. Die Statistik sagt, dass in Berlin 420.000 Tiere im Jahr „verbraucht“, d. h. getötet werden. Das ist die Spitze des Eisbergs. In Wahrheit sterben hier 1.2 Mio. Labortiere. Denn die meisten gentechnisch veränderten Tiere werden schon vor dem Tierversuch getötet, weil sie nicht die erwünschten Gene besitzen. Statistisch erfasst wird das nicht.

Die Tierversuchsforscher spiegeln uns in Hochglanzbroschüren oder Internetauftritten eine heile Laborwelt vor. Doch die Laborrealität ist brutal. Das haben Tierschützer letzte Woche im Tübinger Max-Planck-Institut aufgedeckt. Ich bekomme die Bilder der geschundenen Affen aus diesem Forschungslabor nicht aus dem Kopf. Die Schädeldecke geöffnet. Ein Metallbolzen darin verankert. Unter Gewaltanwendung werden die Affen an diesem Bolzen festgeschraubt. Sie bekommen tagelang nichts zu trinken, damit sie kooperieren. Am Ende werden Sie getötet.

"Es wird ein Tag kommen, an dem die Menschen über die Tötung eines Tieres genauso urteilen werden, wie sie heute die eines Menschen beurteilen."

Das ist ein Zitat von Da Vinci. Seine Erkenntnisse sind uns nebenan eine Ausstellung wert.

Und Tübingen ist eben kein Einzelfall. Auch in den Berliner Laboren wird gegen den Tierschutz verstoßen. Davon musste ich mich bei einer Akteneinsicht überzeugen. Wir wollen, dass die Tierquälerei im Dienste der Wissenschaft aufhört. Für eine Forschung ohne Tierleid brauchen wir Alternativmethoden. Dazu müssen wir den Forschern Geld für diese Forschung geben.

Meine Damen und Herren von SPD und CDU. Sie fördern ausschließlich die Tierversuchsforschung, aktuell das MDC mit 24 Mio. und die Charité mit 60 Mio. Euro. Nicht einen einzigen Cent haben sie übrig für die Forschung an Ersatzmethoden. Sie verweisen gern auf die halbe Professorenstelle für Ersatzmethoden an der Charité. Aber die bezahlt der Bund. Sie, Herr Heilmann, schmücken sich zwar mit einem Tierschutz-Forschungspreis, aber den bezahlen sie nicht. Das Geld geben die forschenden Pharmaunternehmen und das Berliner Bündnis Tierschutz. Ich wiederhole: Sie haben bis heute für die Förderung von Ersatzmethoden keinen einzigen Cent ausgegeben und das ist ein Armutszeugnis.

Dass es in Berlin erfolgreiche Forschungen an Ersatzmethoden gibt, haben wir ausschließlich einzelnen Ausnahmeforschern zu verdanken. Diese engagierten Forscher haben menschliche Hautmodelle und menschliche Organchips entwickelt. Sie leisten Pionierarbeit für die menschliche Gesundheit und natürlich auch für den Tierschutz. Ich sage Ihnen: wir brauchen mehr davon aber dafür müssen Sie eine andere Förderpolitik betreiben.

Wir schlagen in unserem Antrag vor, dass Berlin einen Forschungsfonds zur Förderung von Ersatzmethoden schafft. Die Gelder sollen durch eine Tierversuchsabgabe im Bereich von Medikamenten- oder Wirkstofftests generiert werden. Auf diese Weise könnten pro Jahr mehrere hunderttausend Euro zusammen kommen, mit denen tierversuchsfreie Forschungsmethoden entwickelt werden können.

Sie meine Damen und Herren von SPD und CDU wollen das nicht. Sie haben unseren Antrag deshalb ersetzt. Statt: „Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen“ soll es heißen „Tierversuche reduzieren, alternative Forschungsmethoden fördern“. Der Inhalt ihres Ersetzungsantrages steht zu drei Vierteln im Tierschutzgesetz. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, Tierversuche zu reduzieren, zu verfeinern und zu ersetzen. Sie appellieren also an den Senat, dass er endlich das Tierschutzgesetz einhalten soll. Das ist interessant. Ich bin gespannt auf Ihre Erläuterung.

Im letzten Satz fordern Sie, dass sich der Senat finanziell an seinem eigenen Tierschutzpreis beteiligen soll. Ich weiß Herr Herrmann, dass Sie es gut gemeint haben aber ich muss Ihnen sagen, ich finde diesen Vorgang einfach nur peinlich.

Immer mehr Wissenschaftler bezweifeln den Nutzen von Tierversuchen. Sogar die forschende Pharmaindustrie unterstützt die Ersatzmethoden finanziell, weil sie davon überzeugt ist. Wir haben Ihnen einen Vorschlag gemacht, wie Berlin diesen Forschungszweig fördern kann. Ich sage Ihnen: Ziehen Sie Ihren Ersetzungsantrag zurück und unterstützen Sie unseren Ursprungsantrag. Wir müssen die erfolgreichen Wissenschaftler in unserer Stadt halten. Das nutzt nicht nur dem Wissenschaftsstandort sondern auch dem Wirtschaftsstandort Berlin.“